

Dossier „Ökonomie mit Energie“

Ausgabe 145, 2016

1. Artikel: CO₂-Effizienz: Großes Reinemachen (05.12.2015)

„Eine neue Studie zeigt: Klimaschutz ist weltweit in den Konzernen angekommen. Die CO₂-Effizienz - der Ausstoß von Kohlenstoffdioxid pro einer Million Dollar Umsatz - verbessert sich nach Angaben von ET Index Research stetig. Dennoch gibt es große Branchenunterschiede und damit Potenzial, klimaschädliche Emissionen zu reduzieren.“

➤ Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Umweltschutz**“ und „**Energiesparen**“

1. *Erklären Sie den Begriff der „Energieeffizienz“. Legen Sie dar, was im vorliegenden Fall unter der CO₂-Effizienz von Unternehmen verstanden wird.*
2. *Fassen Sie die Ergebnisse der im Artikel genannten Studie in eigenen Worten zusammen.*
3. *Erschließen Sie sich weitere Handlungsbedarfe auf nationaler und internationaler Ebene.*
4. *Erläutern Sie, inwieweit die Verbesserung der Energieeffizienz für viele Unternehmen auch positive ökonomische Effekte zeitigen kann.*

2. Artikel: Elektroauto-Prämie: Verschmähte Geschenke (06.12.2016)

„Eine Milliarde Euro versprach Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) für die Subvention, seit Mai erhält jeder Käufer eines reinen E-Autos 4 000 Euro, Käufer eines Hybrid-Autos bekommen 3 000 Euro. Ergänzt wurde die Subvention durch ein millionenschweres Förderprogramm der bisher wenig ausgebauten Ladeinfrastruktur sowie eine veränderte öffentliche Beschaffung. Der Ansturm auf die Kaufprämie ist jedoch bislang ausgeblieben.“

➤ Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Energiepolitik**“, „**Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft**“ und „**Energiemix der Zukunft**“

1. *Geben Sie die ursprünglichen Ziele der Bundesregierung hinsichtlich der Verbreitung der Elektromobilität in Deutschland wieder.*
2. *Überprüfen Sie, inwieweit diese erreicht wurden bzw. realisierbar erscheinen.*

3. *Arbeiten Sie heraus, inwieweit mithilfe ökonomischer Anreize eine Veränderung des Nachfrageverhaltens erzielt werden sollte.*
4. *Erschließen Sie sich die Wirkungen der bis dato eingesetzten Instrumente und bewerten Sie deren Effektivität.*
5. *Diskutieren Sie denkbare Ursachen dafür, dass die Veränderung der (finanziellen) Anreizstrukturen nicht die erhofften Wirkungen zeigt. Gehen Sie hierbei auf die Kosten-Nutzen-Kalkulationen der Nachfrager ein.*

3. Artikel: Atomausstieg: Teilerfolg für Atomkonzerne (07.12.2016)**4. Artikel/Grafik: Das Atom-Urteil: Eingriff ins Eigentum (07.12.2016)****5. Artikel: Schiedsgerichtsklage: Vattenfalls Siegchancen schwinden (08.12.2017)**

„Beeindruckt von der Reaktorkatastrophe in Fukushima, beschleunigte Berlin den Atomausstieg und die Energiewende - und sorgte bei den Atomkonzernen praktisch über Nacht für ernste Turbulenzen. Eon und RWE sahen sich in der Folge sogar zur Aufspaltung gezwungen. Seit Dienstag steht fest: Die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung ist dabei zu weit gegangen. Das Bundesverfassungsgericht billigte zwar den Atomausstieg im Grundsatz. Das Gesetz, das damals beschlossen wurde, schränkt die Eigentumsrechte der Konzerne aber in unzulässiger Weise ein - und muss nun nachgebessert werden. [...] Zwar verbuchten die Atomkonzerne nur einen Teilerfolg - und statt der eingeklagten 19 Milliarden Euro dürfte sich die Entschädigung allenfalls auf einen niedrigen Milliardenbetrag summieren. Aber selbst das honorierte die Börse: Die Aktien von RWE und Eon legten zeitweise um mehr als sechs Prozent zu.“ Im Falle des Unternehmens Vattenfall könnten sich jedoch weitergehende Konsequenzen ergeben.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Wertschöpfung**“, „**Energiepolitik**“, „**Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft**“ und „**Energiemix der Zukunft**“

1. *Erklären Sie, was im Wirtschaftsgeschehen grundsätzlich unter dem Begriff der Enteignung verstanden wird.*
2. *Beschreiben Sie den Hintergrund des 2011 zügig vollzogenen Atomausstiegs durch die Bundesregierung. Benennen Sie die hiermit im Wesentlichen verfolgten Zielsetzungen.*
3. *Fassen Sie den Gegenstand der Klage sowie das aktuelle Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in diesem Kontext zusammen.*

4. *Arbeiten Sie dabei heraus, wie das Gericht die Legitimität der politischen Entscheidung bewertet. Überprüfen Sie, inwieweit es eine unzulässige Form der Enteignung feststellt.*
5. *Erläutern Sie, inwieweit die klagenden Unternehmen einen Erfolg feiern konnten.*
6. *Setzen Sie sich mit den besonderen Konsequenzen für den Vattenfall-Konzern und seine Klage vor einem internationalen Schiedsgericht auseinander.*

6. Artikel: Angebot der Atomfirmen (12.12.2016)

„Im Streit über die Finanzierung des Atomausstiegs sind die Energiekonzerne zu einem Kompromiss bereit. Im Gegenzug für eine endgültige Einigung über die Zwischen- und Endlagerung des nuklearen Abfalls wollen die Atomkonzerne Eon, RWE, EnBW und Vattenfall einige Klagen gegen den Bund fallen lassen. Das teilten sie in Schreiben an die Bundestagsfraktionen von CDU CSU, SPD und Grünen mit.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Umweltschutz“**

1. *Erschließen Sie sich den Status der Vereinbarungen hinsichtlich des Rückbaus alter Kernkraftwerke sowie der Entsorgung des Atommülls.*
2. *Fassen Sie vor diesem Hintergrund das aktuelle Angebot der Atomkonzerne zusammen. Ermitteln Sie deren wesentliche Zielsetzungen.*
3. *Ermitteln Sie im Rahmen einer Recherche den weiteren Verlauf der Verhandlungen. Benennen Sie Befürworter und Gegner und stellen Sie deren Argumente einander gegenüber.*

7. Artikel: Opec bildet globale Ölallianz (12.12.2016)

8. Kommentar: Wackelige Ölallianz (13.12.2016)

„Das Ölkartell Opec hat erstmals seit 15 Jahren mit elf Nicht-Mitgliedern eine Allianz gebildet, um dauerhaft höhere Preise durchzusetzen. Kommt weniger Öl auf den Markt, zieht der Preis an, so das Kalkül. Russlands Energieminister Alexander Novak sprach daher von einem „großen Tag“. Die Vereinbarung: Elf Nicht-Opec-Länder werden ihre Produktion um 558 000 Barrel (à 159 Liter) ab Januar 2017 kürzen. Die Beschränkung gilt vorläufig für ein halbes Jahr. Ob sich weitere Staaten dem Ölpakt anschließen werden, ist unklar. „Unsere Vereinbarung ist offen für weitere Länder“, sagte der Opec-Präsident. Den Pakt mit der Opec haben bislang Russland,

Aserbaidschan, Kasachstan, Bahrain, Brunei, Äquatorialguinea, Mexiko, Malaysia, Oman, Sudan und Südsudan unterzeichnet.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Angebot/Nachfrage/Preisbildung“** und **„Perspektiven der Weltenergieversorgung“**

1. *Ermitteln Sie die Stellung der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) im internationalen Ölgeschäft. Erklären Sie hierbei, inwieweit es sich um ein Kartell handelt.*
2. *Fassen Sie die aktuelle Vereinbarung der Opec mit elf weiteren Staaten zusammen. Benennen Sie die hiermit verfolgten Zielsetzungen sowie die zum Einsatz kommenden Instrumente.*
3. *Arbeiten Sie heraus, aus welchen Gründen der Autor die derzeitigen Vereinbarungen als „wackelig“ charakterisiert.*
4. *Setzen Sie sich in diesem Zusammenhang mit den gemeinsamen und stellenweise konfligierenden Interessen der Opec-Mitgliedsstaaten auseinander.*

9. Artikel/Grafik: Bahn finanziert Atomfonds (13.12.2016)

„Knapp 16 Prozent des Bahnstroms liefert noch immer die in Deutschland geächtete Atomkraft. Jahrzehntlang hat das Unternehmen von billigem Atomstrom profitiert - und konnte so die Fahrpreise unter Kontrolle halten. Jetzt rächt sich das: Die Bahn muss sich an Rückbau und Entsorgung der Altlasten beteiligen - und wie Eon, RWE, EnBW und Vattenfall muss der Logistikkonzern auch seinen Beitrag zum geplanten Atomfonds leisten, erfuhre das Handelsblatt aus Kreisen der Energiekonzerne. Während die Atomkonzerne sich weiterhin um den Rückbau der Reaktoren kümmern müssen, soll der öffentlich-rechtliche Fonds die Verantwortung für die Entsorgung des Atommülls übernehmen. Das entsprechende Gesetz ist derzeit in Arbeit.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“**, **„Energie und Makroökonomie“** und **„Umweltschutz“**

1. *Beschreiben Sie die Strukturierung und die Zielsetzungen des Atomfonds.*
2. *Legen Sie den Energie- bzw. Strom-Mix der Deutschen Bahn dar.*
3. *Erläutern Sie, weshalb und in welchem Umfang die Deutsche Bahn in den Atomfonds einzahlen muss.*
4. *Geben Sie die Reaktion der Geschäftsführung hierauf wieder.*

10. Artikel/Grafiken: Der schleichende Abstieg der Ölmultis (15.12.2016)

„Die Rechnung ist simpel: Mit dem verstärkten Klimaschutz muss der Verbrauch von Öl und Gas gedrosselt werden. Die Ölkonzerne werden weit weniger der klimaschädlichen Energieträger fördern können, die ausgewiesenen Reserven sind viel zu hoch - und müssen angepasst werden. Das wiederum könnte für heftige Turbulenzen an den Finanzmärkten sorgen.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Perspektiven der Weltenergieversorgung“**

1. *Fassen Sie die Eckpunkte der aktuellen Klimaschutzdiskussion zusammen. Arbeiten Sie heraus, welche Aspekte hinsichtlich der zukünftigen Nutzung fossiler Energieträger dabei diskutiert werden.*
2. *Erläutern Sie die hieraus (ggf.) resultierenden Folgen für die Ölkonzerne.*
3. *Geben Sie deren Reaktion auf aktuelle Prognosen und Expertenforderungen wieder. Erschließen Sie sich hierbei die wesentlichen Zielsetzungen der Branchenvertreter.*
4. *Überprüfen Sie, inwieweit auch ökonomische Auswirkungen über die Branche hinaus vorausgesagt werden.*

CO2-Effizienz: Großes Reinemachen

Das Klimaabkommen von Paris erfordert den Umbau der Weltwirtschaft. Bei vielen Unternehmen, zeigt eine Studie, ist die Botschaft angekommen.

5

Wie viel Klimaschutz darf es sein, wie viel Klimaschutz muss sein? Wie engagiert sind die Unternehmen? Eine neue Studie zeigt: Klimaschutz ist weltweit in den Konzernen angekommen. Die CO₂-Effizienz - der Ausstoß von Kohlenstoffdioxid pro einer Million Dollar Umsatz - verbessert sich nach Angaben von ET Index Research stetig. Dennoch gibt es große Branchenunterschiede und damit Potenzial, klimaschädliche Emissionen zu reduzieren.

10

ET Index Research ist ein aus verschiedenen Nichtregierungsorganisationen hervorgegangenes Unternehmen mit Fokus auf den CO₂-Fußabdruck der Wirtschaft. Die Studie, die an diesem Montag vorgestellt wird und dem Handelsblatt vorab vorlag, zeigt die CO₂-Effizienz von insgesamt 360 Unternehmen, die zu den 800 größten börsennotierten Firmen weltweit gehören. Allein 2105 haben diese Unternehmen demnach ihre CO₂-Effizienz um durchschnittlich 15 Prozent verbessert. Auch deutsche Konzerne gehören in ihrer jeweiligen Branche dazu: Daimler, Metro und Eon.

15

20

Wenn nun die schmutzigsten 50 Prozent der Unternehmen im Ranking ihre CO₂-Effizienz auf das Durchschnittsniveau ihrer Branche reduzierten, so die Studie, würde das zu einer Einsparung von jährlich 1,4 Milliarden Tonnen CO₂ führen. Das entspreche den jährlichen Emissionen des Industrielandes Japan. Auffällig ist: Unter den 25 Unternehmen, die bei Erhebung und Offenlegung ihrer klimaschädlichen CO₂-Emissionen führend sind, kommen die meisten aus der Asien-Pazifik-Region, nur acht aus Europa - darunter BASF.

25

Ein Warnsignal, findet Sabine Nallinger von der Stiftung 2 Grad: „Klimaschutz bietet nicht nur wirtschaftliche Chancen für die Unternehmen, sondern sichert Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit.“ Deutschland dürfe international nicht den Anschluss verlieren, sondern müsse seine Vorreiterschaft offensiv bewahren. Nach dem Inkrafttreten des Pariser Klimaschutzabkommens, das unter anderem den Umbau der Weltwirtschaft in eine kohlenstoffarme Zukunft verbindlich vorschreibt, wird der ökologische Fußabdruck eines jeden Unternehmens zunehmend zum Wettbewerbsfaktor.

35

Quelle: Kersting, S., Handelsblatt, Nr. 235, 05.12.2016, 9

Elektroauto-Prämie: Verschmähte Geschenke

Der Umweltbonus wird wenig nachgefragt. Grüne fordern Korrektur.

5 Es waren große Hoffnungen, die die Bundesregierung im April hatte, als sie die Kaufprämie für Elektroautos verkündete. Man gehe davon aus, so Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) damals, dass man die Zahl alternativer Antriebe mit Hilfe der Prämie „über 500 000 Fahrzeuge“ heben könne. Laut Kraftfahrtbundesamt waren zum Januar 2016 genau 25 502 E-Autos und 130 365
10 Hybrid-Fahrzeuge in Deutschland zugelassen.

Eine Milliarde Euro versprach Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) für die Subvention, seit Mai erhält jeder Käufer eines reinen E-Autos 4 000 Euro, Käufer eines Hybrid-Autos bekommen 3 000 Euro. Ergänzt wurde die Subvention durch ein
15 millionenschweres Förderprogramm der bisher wenig ausgebauten Ladeinfrastruktur sowie eine veränderte öffentliche Beschaffung. Der Ansturm auf die Kaufprämie ist jedoch bislang ausgeblieben.

Laut den aktuellsten Zahlen des zuständigen Bundesamts für Ausfuhrkontrolle (Bafa) wurden bis zum 1. Dezember 7 370 Anträge gestellt, davon 4 173 Anträge für reine
20 Batterieelektrofahrzeuge, 3 195 für Hybridantriebe und zwei für Brennstoffzellenautos. Das entspricht einem monatlichen Durchschnitt von rund 1 400 Anträgen pro Monat seit dem Start der Kaufprämie im Juli. Im Jahr 2019 soll die Prämie auslaufen, hatte Finanzminister Schäuble im Frühjahr gesagt, aber das Ziel sei,
25 möglichst schnell die Zahl der Elektrofahrzeuge voranzubringen. Die Rechnung der Bundesregierung: Wenn mehr E-Autos nachgefragt werden, werden mehr produziert und auf diese Weise sogenannte Skaleneffekte, also Kosteneinsparungen pro Stück, erzielt. Damit sinkt der Preis, und E-Autos werden attraktiver.

30 Bisher ist ein E-Auto kein ausgesprochen günstiges Fahrzeug. Nach den Zahlen des Bafa wurde das Modell BMW i3 mit 1 281 Stück bei der Prämie besonders stark nachgefragt. Nach Herstellerangaben startet der Preis für ein solches Auto bei knapp 35 000 Euro.

35 Die Grünen-Bundestagsfraktion weist darauf hin, dass die Anträge vor allem in Bayern und Baden-Württemberg gestellt wurden. Zwar stellten die Bundesländer gemeinsam nur 29 Prozent der Bevölkerung, waren aber bisher für fast 45 Prozent der Anträge seit der Einführung verantwortlich. Aus den neuen Bundesländern und Berlin kamen hingegen nur elf Prozent der Anträge.

40 Die Grünen kritisieren diese ungleiche Verteilung. E-Autos würden vor allem dort nachgefragt, wo die Kunden bereits heute die teuersten Autos hätten. Die Förderung bringe nicht das, was die Bundesregierung sich damit erhofft habe, sagt Dieter Janecek, wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der Grünen. „Das
45 Ziel ist doch, Elektroautos in der Breite auf die Straße zu bekommen. Das wird so nicht erreicht.“ Diese Art der Prämie funktioniere nicht. „Elektroautos werden in dem geringen Maße gekauft wie in den letzten Jahren auch“, so Janecek. „Die Mitnahmeeffekte sind hoch.“

50 Bereits vor Einführung der Prämie, auf die sich die Bundesregierung erst nach
wochenlangem Gerangel hatte einigen können, hatten Kritiker gewarnt, dass die
Subvention wohl vor allem Besserverdienern zugutekommen werde. Der
Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium hatte Minister Gabriel
etwa aus diesem Grund von der Prämie abgeraten. Das Wirtschaftsministerium wollte
55 die Zahlen nicht bewerten. Es sei noch zu früh, da der Förderzeitraum noch nicht
ausgeschöpft sei. Eine Zwischenbewertung der Prämie ist bisher nicht vorgesehen.

Quelle: Heide, D., Handelsblatt, Nr. 236, 06.12.2016, 12

Atomausstieg: Teilerfolg für Atomkonzerne

5 *Der Ausstieg aus der Kernenergie war zwar im Prinzip korrekt, urteilt das Bundesverfassungsgericht. Doch die Regierung hat die Eigentumsrechte von Eon, RWE, EnBW und Vattenfall verletzt. Die Konzerne haben Anspruch auf eine Entschädigung.*

10 Wohl nie zuvor griff eine Bundesregierung so tief in die Funktionsweise einer Branche ein wie im Sommer 2011: Beeindruckt von der Reaktorkatastrophe in Fukushima, beschleunigte Berlin den Atomausstieg und die Energiewende - und sorgte bei den Atomkonzernen praktisch über Nacht für ernste Turbulenzen. Eon und RWE sahen sich in der Folge sogar zur Aufspaltung gezwungen.

15 Seit Dienstag steht fest: Die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung ist dabei zu weit gegangen. Das Bundesverfassungsgericht billigte zwar den Atomausstieg im Grundsatz. Das Gesetz, das damals beschlossen wurde, schränkt die Eigentumsrechte der Konzerne aber in unzulässiger Weise ein - und muss nun nachgebessert werden. Die Unternehmen zeigten sich zufrieden. „RWE begrüßt, dass das Gericht in Teilen der Rechtsauffassung des Unternehmens gefolgt ist“, hieß es beim größten deutschen Stromproduzenten in Essen.

25 „Das Urteil ist sicher zunächst als Erfolg für die Kraftwerksbetreiber zu werten. Um das Wie und um die konkrete Höhe des Ausgleichs wird es aber sicher harte Verhandlungen geben“, erklärte Energierechtsexperte Guido Hermeier von White & Case.

30 Zwar verbuchten die Atomkonzerne nur einen Teilerfolg - und statt der eingeklagten 19 Milliarden Euro dürfte sich die Entschädigung allenfalls auf einen niedrigen Milliardenbetrag summieren. Aber selbst das honorierte die Börse: Die Aktien von RWE und Eon legten zeitweise um mehr als sechs Prozent zu.

Quelle: Flauger, J./Hubik, F./Kersting, S., Handelsblatt, Nr. 237, 07.12.2016, 1

Das Atom-Urteil: Eingriff ins Eigentum

Der Bund muss Eon, RWE & Co. für den Atomausstieg entschädigen. Die Summe wird zwar viel geringer ausfallen als gefordert, die Branche ist aber zufrieden.

5

Als die acht Richter des Ersten Senats am Bundesverfassungsgericht am Dienstag um zehn Uhr den Sitzungssaal in Karlsruhe betraten, waren die Aktionäre von Eon und RWE schon in Vorfreude: Die Aktien hatten zum Handelsauftakt fast drei Prozent zugelegt. Und als der Vorsitzende Richter Ferdinand Kirchhof das Urteil verkündete, kletterten die Titel noch weiter - in der Spitze um mehr als sechs Prozent.

10

Dabei haben die Atomkonzerne nur einen Teilerfolg erzielt - aber selbst mit diesem hatten die Investoren offenbar nicht mehr gerechnet. „Der an sich zulässige gesetzliche Eigentumsausgestaltung fehlt hier die verfassungsrechtlich notwendige Ausgleichsregelung“, sagte Kirchhof bei der Urteilsverkündung. Im Juristendeutsch stellte Kirchhof damit zwei Punkte klar. Erstens: Im Grundsatz ist der Atomausstieg korrekt. Das Gesetz, mit dem die Bundesregierung Ende Juli 2011 unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Fukushima den Atomausstieg beschleunigte, ist im Prinzip mit dem Grundgesetz vereinbar. Es stellt nicht - wie von den Atomkonzernen in ihren Verfassungsbeschwerden bemängelt - eine unzulässige Enteignung dar. Zweitens: Der Gesetzgeber ist dabei aber zu weit gegangen. Er hat die Eigentumsrechte nicht ausreichend berücksichtigt und hätte die Konzerne für den Eingriff entschädigen müssen. Das muss die Bundesregierung nun nachholen und das Gesetz bis Ende Juni 2018 nachbessern.

15

20

25

Die drei Konzerne Eon, RWE und Vattenfall hatten genau das mit ihren Verfassungsbeschwerden eingefordert. Alle drei Unternehmen wollten nicht mehr am Atomausstieg an sich rütteln. Sie haben sich längst damit abgefunden - und sich nach einer schmerzhaften Anpassung mit Milliardenabschreibungen und Milliardenverlusten inzwischen auf die Energiewende eingestellt. Sie forderten aber im Interesse ihrer Aktionäre eine Entschädigung. Der vierte große Atomkonzern, EnBW, unterstützte zwar die Beschwerden, konnte sich aber nicht den Klagen anschließen, da er größtenteils in Besitz der öffentlichen Hand ist, des Landes Baden-Württemberg.

30

35

In der Tat ging es 2011 hektisch zu. Am 11. März kam es im japanischen Fukushima zum GAU, zum größten anzunehmenden Unfall. Die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung reagierte drastisch: Sie ordnete unmittelbar die vorübergehende Stilllegung der acht ältesten Reaktoren an. Im Sommer beschloss der Bundestag dann eine Novelle des Atomgesetzes: Die acht Reaktoren sollten nie wieder Strom produzieren, und für die anderen neun Anlagen wurden feste Abschalttermine festgelegt. 2022 soll das letzte Kraftwerk vom Netz sein.

40

Das entspricht zwar ungefähr dem Datum, auf das sich die Konzerne und die damalige rot-grüne Bundesregierung bereits im Jahr 2002 beim ersten - im Konsens vereinbarten - Atomausstieg geeinigt hatten. Dieser Beschluss war aber erst 2010 - also nur wenige Monate vor der Novelle - revidiert worden, und die Laufzeiten waren damals über das Jahr 2030 hinaus verlängert worden.

45

50 Eon, RWE und Vattenfall warfen der Regierung vor, die neuerliche Revision und Verkürzung der Laufzeiten seien überhastet und nicht mit den Vorkommnissen im fernen Fukushima zu begründen. Sie forderten eine gewaltige finanzielle Entschädigung. Eon bezifferte den Schaden durch entgangene Cashflows auf acht Milliarden Euro. Insgesamt standen rund 19 Milliarden Euro im Raum.

55 Nach dem Urteil des Verfassungsgerichts hätte die Bundesregierung tatsächlich für eine Kompensation sorgen müssen - allerdings nicht in dem Ausmaß, das die Konzerne geltend machten. Dem Gericht zufolge haben die Konzerne keinen Anspruch auf die hohen Strommengen, die ihnen noch 2010, also wenige Monate
60 zuvor, zugestimmt worden waren, wohl aber auf die kompletten Mengen aus dem Atomkompromiss von 2002. Es sei „unzumutbar, teilweise auch gleichheitswidrig“, feste Abschalttermine zu diktieren - ohne sicherzustellen, dass die im „Atomkonsens“ 2002 einmal zugeteilten Strommengen überhaupt noch produziert werden könnten, urteilten die Richter. Außerdem müssten die Konzerne für Investitionen entschädigt werden, die sie im Vertrauen auf die Laufzeitverlängerung im Jahr 2010
65 vorgenommen hätten.

„Es ist mehr ein rechtlicher als ein wirtschaftlicher Sieg für die Konzerne“, sagte der Staatsrechtler Joachim Wieland dem Handelsblatt. „Letztlich geht es in finanzieller
70 Hinsicht nur mehr um Kleinvieh.“ In Kreisen der betroffenen Unternehmen ist von einer hohen dreistelligen Millionensumme bis zu allenfalls einem niedrigen einstelligen Milliardenbetrag die Rede.

Vom Urteil zu den Reststrommengen profitieren RWE und Vattenfall. RWE kann
75 Strommengen aus den abgeschalteten Anlagen Biblis sowie Mülheim-Kärlich nicht anderweitig verwenden. Bei Vattenfall wurden die Reaktoren Krümmel und Brunsbüttel, die zuvor jahrelang wegen Pannen vom Netz waren, endgültig ins Aus befördert. An diesen Anlagen ist auch Eon beteiligt. Zusammengerechnet geht es um Reststrommengen von bis zu 88 730 Gigawattstunden. Umgerechnet dürften diese
80 einen hohen dreistelligen Millionenbetrag wert sein.

Auf eine Kompensation für Investitionen, die zwischen Ende 2010 und Mitte 2011
getätigt wurden, können Eon und RWE hoffen. „Das betrifft jedenfalls Eon mit den
Kraftwerken Isar 1 und Unterweser sowie RWE mit dem Kraftwerk Biblis A“, sagte
85 Guido Hermeier von der Rechtsanwaltskanzlei White & Case. Es ist aber unwahrscheinlich, dass die Konzerne ihre kompletten Kosten ersetzt bekommen. Das Gericht habe ausdrücklich eine „angemessene“ Entschädigung eingefordert, wurde in Branchenkreisen betont - also keine komplette. Die Richter halten neben einer finanziellen Entschädigung und der Übertragung von Strommengen auf andere
90 Konzerne sogar eine neuerliche Verlängerung der Laufzeiten für möglich. Das wird aber selbst in Kreisen der Atomkonzerne „als politisch nicht durchsetzbar“ bewertet.

Die Unternehmen begrüßten das Urteil. Es bestätige „eindrücklich, dass die
gesetzliche Sofortabschaltung der von Vattenfall betriebenen Kraftwerke die
Eigentumsgarantie, den Gleichheitsgrundsatz sowie den Grundsatz des
95 Vertrauensschutzes verletzt hat“, erklärte der Energiekonzern. „Mit dem heutigen Urteil des höchsten deutschen Gerichts haben wir in einer für uns fundamentalen

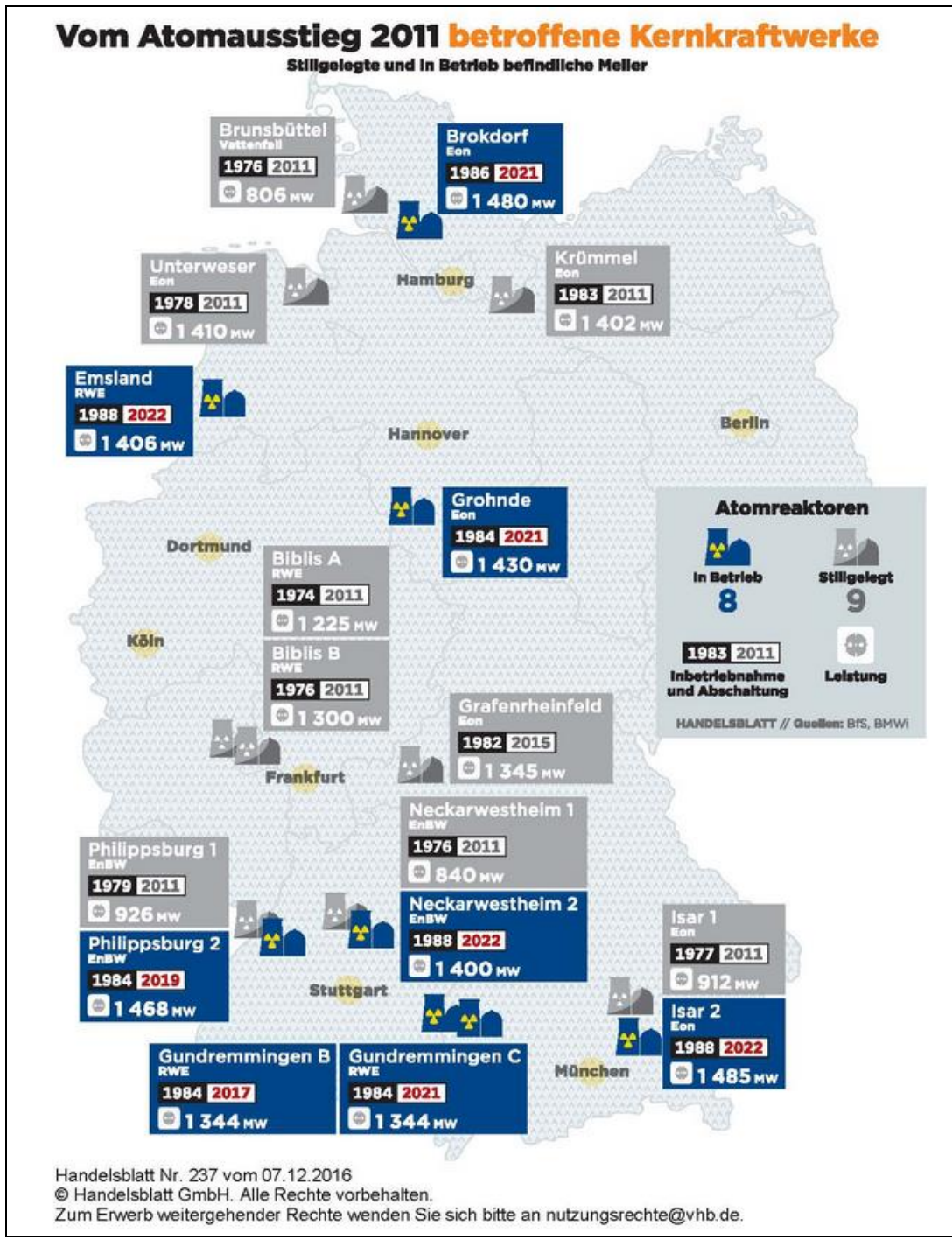
100 Rechtsfrage Klarheit für unser Unternehmen und seine Eigentümer“, sagte der Chef von RWEs Kraftwerkssparte Power, Matthias Hartung. Eon strich heraus, dass das Gericht insbesondere „die Bedeutung von Vertrauen bei Investitionsentscheidungen auf Basis politischer Beschlüsse“ würdige.

Aber auch Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) äußerte sich „zufrieden mit der Entscheidung“: Das Bundesverfassungsgericht habe bestätigt, dass das Atomausstiegsgesetz von 2011 im Wesentlichen mit der Verfassung im Einklang
105 stehe. Sowohl die Einführung fester Abschalttermine als auch die Staffelung der Abschaltfristen seien verfassungskonform, ebenso die entschädigungslose Rücknahme der Laufzeitverlängerungen von 2010 und das Gesetzgebungsverfahren selbst. „Die Milliardenforderungen der Konzerne sind mit dem heutigen Tage vom Tisch“, betonte die Ministerin.

110 Grünen-Chefin Simone Peter nutzte das Urteil zu einer Kritik an Bundeskanzlerin Angela Merkel, die damals die Novelle des Atomgesetzes verantwortete: „Merkels atompolitischen Zickzackkurs - erst die Laufzeitverlängerungen, dann der Ausstieg nach Fukushima - müssen jetzt die Steuerzahler ausbaden.“ Ihr Parteikollege Jürgen
115 Trittin, der 2000 als Bundesumweltminister den ersten Atomausstieg ausgehandelt hatte, sieht im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes die Chance für einen neuerlichen „umfassenden Konsens“: „Dafür müssen die Energiekonzerne aber alle anderen Klagen gegen den Atomausstieg beenden.“ Trittin hatte Anfang des Jahres
120 gemeinsam mit anderen Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an einer endgültigen Lösung des Atomausstiegs gearbeitet. Die Kommission hatte einen Vorschlag erarbeitet, mit dem die Finanzierung des AKW-Rückbaus und der Entsorgung des Atommülls sichergestellt werden soll. Die Bundesregierung folgte dem Modell und will die Aufgabe für die Entsorgung auf einen öffentlich-rechtlichen
125 Fonds übertragen. Dazu sind auch die Atomkonzerne bereit. „Die Bundesregierung muss den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrags mit den Konzernen an die Beendigung der Rechtsstreite knüpfen“, forderte Trittin jetzt aber, „Rechtssicherheit bei der Entsorgung beruht auf Rechtsfrieden.“

Dazu sind die Konzerne aber weder bereit noch in der Lage: Sie müssen im Interesse
130 der Aktionäre alle Möglichkeiten ausschöpfen. Deshalb laufen auch noch zahlreiche Verfahren - unter anderem gegen die Brennelementesteuer. Besonders der schwedische Vattenfall-Konzern hat noch eine besonders aussichtsreiche Klage
laufen. Im Gegensatz zu den deutschen Konkurrenten konnten die Schweden in Washington ein Schiedsgericht anrufen. Dort hat die Verhandlung vor kurzem
135 begonnen - und dort fordert Vattenfall nach wie vor 4,7 Milliarden Euro.

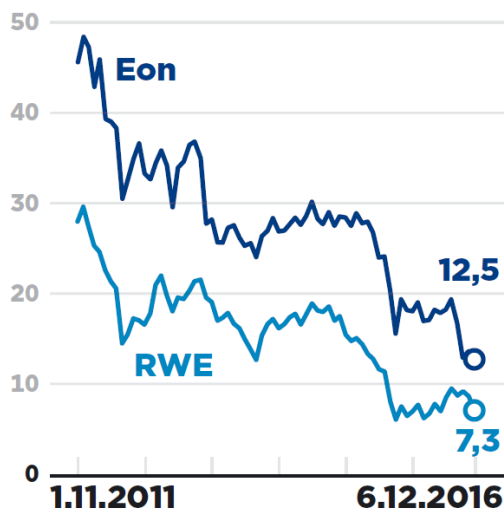
Quelle: Flauger, J./Hubik, F./Kersting, S., Handelsblatt, Nr. 237, 07.12.2016, 4



Handelsblatt Nr. 237 vom 07.12.2016
© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

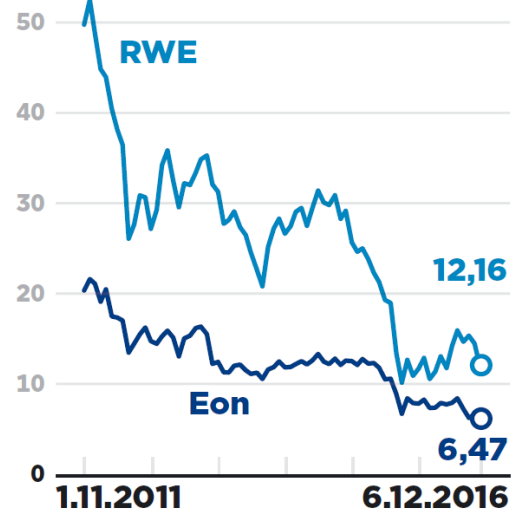
Verlierer RWE und Eon

Börsenwerte in Mrd. Euro



HANDELSBLATT

Aktienkurse in Euro



Quelle: Bloomberg

Schiedsgerichtsklage: Vattenfalls Siegchancen schwinden

Das Urteil der Verfassungsrichter zum Atomausstieg dürfte die Chancen von Vattenfall schmälern, das parallel laufende Schiedsverfahren zu gewinnen.

5

Im Kreis der vier in Deutschland aktiven Atomstromkonzerne war Vattenfall schon immer eine Ausnahme. Schließlich befindet sich das Unternehmen anders als Eon, RWE und EnBW zu hundert Prozent im Besitz des schwedischen Staates. Im Tagesgeschäft ist dieser Unterschied kaum von Belang - in einer komplexen Rechtsfrage, wie jener des Atomausstiegs, sieht die Sache freilich anders aus.

10

Von ausländischen Staaten kontrollierte Unternehmen können sich in Deutschland nämlich eigentlich nicht auf das Grundgesetz berufen. Das dürfen nur privatwirtschaftliche Firmen. Aus Sorge, schlechter behandelt zu werden als die deutschen Wettbewerber, klagte Vattenfall deshalb nicht nur vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die 2011 beschlossene Sofortabschaltung seiner Kernkraftwerke. Auch vor einem internationalen Schiedsgericht in Washington fordert der Konzern 4,7 Milliarden Euro Schadensersatz.

15

Durch das Urteil, das die Verfassungsrichter am Dienstag gefällt haben, sieht sich Vattenfall nun „eindrücklich“ bestätigt; dem Konzern steht infolge des Atomausstiegs eine „angemessene Entschädigung“ zu. Aber gleichzeitig ist mit dem Entscheid auch die Begründung von Vattenfall in Bezug auf die Schiedsgerichtsklage de facto hinfällig. Denn Deutschlands oberste Richter stellten klar: Vattenfall darf sich sehr wohl auf das Grundgesetz berufen.

20

25

„Eine Verurteilung der Bundesrepublik Deutschland erscheint nunmehr weniger wahrscheinlich“, sagte Markus Ludwigs dem Handelsblatt. Der Europarechtsprofessor ist überzeugt, dass das Urteil der Verfassungsrichter „von erheblicher Bedeutung“ für das Schiedsverfahren ist. Denn in dem Rechtsstreit stehe die Frage einer „fairen und gerechten Behandlung von Vattenfall“ im Zentrum. Und da sich die Schweden nun doch auf das deutsche Grundgesetz berufen dürfen, liegt unmittelbar keine Ungleichbehandlung vor. Ihre Siegchancen dürften somit schwinden.

30

„Es ist keineswegs abwegig, dass Vattenfall mit seinem Schadensersatzanspruch in voller Höhe scheitert“, sagte der Völkerrechtler Jörn Griebel. Entschädigungen, die Deutschland an Vattenfall bezahlt, müssten in dem Schiedsverfahren jedenfalls berücksichtigt werden, so Griebel. Vattenfall hält unterdessen an der Klage fest. „Das läuft weiter“, sagte eine Sprecherin. Der Konzern sieht zunächst die Bundesregierung am Zug. Die muss bis Juni 2018 entscheiden, wie sie Vattenfall nach dem Verfassungsurteil entschädigen will.

35

40

Quelle: Hubik, F., Handelsblatt, Nr. 238, 08.12.2016, 19

Angebot der Atomfirmen

Im Streit über die Finanzierung des Atomausstiegs sind die Energiekonzerne zu einem Kompromiss bereit. Im Gegenzug für eine endgültige Einigung über die Zwischen- und Endlagerung des nuklearen Abfalls wollen die Atomkonzerne Eon, RWE, EnBW und Vattenfall einige Klagen gegen den Bund fallen lassen. Das teilten sie in Schreiben an die Bundestagsfraktionen von CDU CSU, SPD und Grünen mit.

Die Konzerne reagieren auf ein vom Kabinett bereits beschlossenes Gesetzespaket zur Finanzierung des Atomausstiegs. Danach sollen die Unternehmen rund 23,5 Milliarden Euro in einen staatlichen Fonds überweisen, der die Zwischen- und Endlagerung von Atommüll in den nächsten Jahrzehnten managen soll. Die Unternehmen sind dazu im Prinzip bereit, verlangen aber, dass das Gesetz durch einen Vertrag flankiert wird.

Die Betreiber verzichten nach eigenen Angaben auf Schadensersatzklagen für das kurzfristige Herunterfahren von Atomkraftwerken nach dem Reaktorunfall von Fukushima. Es geht zudem um Widersprüche gegen Zahlungsbescheide für das Atommülllager Gorleben und um Widersprüche gegen Vorausleistungs- und Abschlagsbescheide für das Endlager Schacht Konrad. Auch Verfassungsbeschwerden und Klagen im Zusammenhang mit der standortnahen Zwischenlagerung von Wiederaufarbeitungsabfällen werden fallen gelassen.

Nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Spiegel“ wollen die Konzerne 20 Klagen fallen lassen. Den Streitwert hätten die Konzerne in Verhandlungen mit der Regierung auf 600 bis 800 Millionen Euro beziffert.

Nicht betroffen sind die Klagen gegen die Brennelementesteuer und das Verfahren, das Vattenfall vor einem Schiedsgericht in den USA gegen den Atomausstieg angestrengt hat. In beiden Fällen geht es um Milliardensummen.

Die Bundestagsfraktionen von Union, SPD und Grünen begrüßten die Entscheidung der Unternehmen ebenso wie Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD).

Quelle: HB, Handelsblatt, Nr. 240, 12.12.2016, 17

Opec bildet globale Öllianz

Das Ölkartell schafft ein „historisches“ Bündnis mit einer Reihe von Nicht-Mitgliedern, darunter auch Russland und Mexiko. Das Ziel: höhere Preise.

5

Die Freude stand dem Präsidenten der Organisation Erdöl exportierender Länder (Opec), Mohammed Bin Saleh Al-Sada, am Samstag ins Gesicht geschrieben. „Wir haben eine historische Vereinbarung geschafft“, sagte Katars Energieminister in Wien. Das Ölkartell hat erstmals seit 15 Jahren mit elf Nicht-Mitgliedern eine Allianz
10 gebildet, um dauerhaft höhere Preise durchzusetzen. Kommt weniger Öl auf den Markt, zieht der Preis an, so das Kalkül. Russlands Energieminister Alexander Novak sprach daher von einem „großen Tag“.

Die Vereinbarung: Elf Nicht-Opec-Länder werden ihre Produktion um 558 000 Barrel
15 (à 159 Liter) ab Januar 2017 kürzen. Die Beschränkung gilt vorläufig für ein halbes Jahr. Ob sich weitere Staaten dem Ölpakt anschließen werden, ist unklar. „Unsere Vereinbarung ist offen für weitere Länder“, sagte der Opec-Präsident. Den Pakt mit der Opec haben bislang Russland, Aserbaidschan, Kasachstan, Bahrain, Brunei, Äquatorialguinea, Mexiko, Malaysia, Oman, Sudan und Südsudan unterzeichnet.

20

Erst kürzlich hatte sich die Opec nach acht Jahren auf eine Kürzung der Fördermenge um 1,2 Millionen auf 32,5 Millionen Barrel ab Januar 2017 geeinigt. Mit der in Wien beschlossenen Kürzung bei einer Reihe von Nicht-Opec-Mitgliedern kommt noch
25 weniger des Rohstoffs auf den Markt. Die Kürzung der Produktion soll von einem Gremium aus Vertretern Kuwaits, Venezuelas und Algeriens sowie der Nicht-Mitglieder Russland und Oman überwacht werden.

Die Ölnationen haben ein elementares Interesse daran, dass der Ölpreis steigt. Die Nordseesorte Brent legte am Freitag zwar ein knappes halbes Prozent auf annähernd
30 54 Dollar zu. Mitte 2014 notierte der Ölpreis pro Barrel aber noch bei über 100 Dollar.

„Der Opec und den Partnern gelingt es derzeit ausgezeichnet, ihre Sache zu
35 vermarkten“, sagte David Wech, Chef der unabhängigen Ölanalysefirma JBC Energy, dem Handelsblatt am Sonntag. „Wenn Länder wie Saudi-Arabien und Russland ihren Willen so klar kommunizieren, Produktion und folglich Preise anzupassen, wird das seine Wirkung auf den Markt nicht komplett verfehlen“, prognostiziert der Ölexperte.

Russland will die Kürzung der Ölförderung schrittweise umsetzen. Nach Meinung von
40 Marktexperten wird das Land daher die versprochene Kürzung um 100 000 Barrel pro Tag in den ersten sechs Monaten nicht erreichen. Die Marktforschungsfirma JBC Energy geht nur von 80 000 Fass im ersten Halbjahr aus. Russland fördert derzeit mehr als zehn Millionen Barrel pro Tag. Erst wenn die Preise sich tatsächlich erholen, wird sich die Einigung für Russland, aber auch die anderen beteiligten Länder
45 auszahlen können.

Quelle: Siebenhaar, H.-P., Handelsblatt, Nr. 240, 12.12.2016, 31

Kommentar: Wackelige Öllianz

Die Gier nach höheren Preisen eint die Parteien, meint Hans-Peter Siebenhaar .

5 Der Mann, der niemals lächelt, verhalf der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) zu einem „historischen Ereignis“. Der russische Energieminister Alexander Novak zwang sich nach dem Wiener Treffen zwischen dem Ölkartell und elf Nichtmitgliedern beim Händedruck mit Khalid Al-Falih, Ölminister des Opec-Schwergewichts Saudi-Arabien, zwar nicht dazu, freudig zu lächeln. Stolz stand dem
10 Putin-Vertrauten dennoch ins Gesicht geschrieben. Nach über 15 Jahren Pause ziehen Russland und das aus 13 Ländern bestehende Ölkartell wieder an einem Strang. Die Gier nach höheren Preisen und die Not bei der Finanzierung der Staatshaushalte einen die unheilige Allianz zwischen Moskau und Riad. In dieser Situation fiel es den Saudis vergleichsweise leicht, im Ölgeschäft mit Russland zu paktieren.

15 Dabei sind sich Russland und Saudi-Arabien politisch eigentlich spinnefeind. Durch ihre Hegemonialpolitik im Mittleren Osten kommen sich beide Mächte regelmäßig mächtig in die Haare. Die blutigen Konflikte reichen von Syrien bis zum Jemen. Das von Russland unterstützte Iran ist längst zu einem ernst zu nehmenden Herausforderer für die Saudis in der instabilen Region aufgestiegen.
20

Trotzdem einigten sich die Opec und elf Nicht-Opec-Länder am Wochenende auf eine weitere Kürzung der Ölförderung um 558 000 Barrel (159 Liter) am Tag. Weil sie weltweit höhere Ölpreise durchsetzen wollten, verbündeten sich die Opec und elf
25 Nichtmitglieder. Den Pakt mit der Opec haben neben Russland auch Aserbaidschan, Kasachstan, Bahrain, Brunei, Äquatorialguinea, Mexiko, Malaysia, Oman, Sudan und Südsudan unterzeichnet.

30 Doch das Bündnis zwischen dem Opec-Schwergewicht Saudi-Arabien und Russland ist ausgesprochen fragil. Sosehr der Wunsch nach sprudelnden Ölgewinnen die beiden Mächte vorerst einigt, so schwierig gestaltet sich die Zusammenarbeit in der Praxis. Das fängt bei der Kontrolle der vereinbarten Kürzung der Ölförderung an. Die reduzierte Produktion soll ab Januar von einem Komitee aus den Opec-Mitgliedern Kuwait, Venezuela und Algerien sowie den Nichtmitgliedern Russland und Oman
35 überwacht werden. Wie eine effektive Kontrolle der globalen, oft entlegen liegenden Ölfelder in der Praxis aussehen soll, bleibt offen. Zudem ist unklar, ob das Vertrauen in das Quintett ausreicht. Viel Zeit zur Bildung der Kontrollgruppe bleibt ohnehin nicht, falls die beschlossene Produktionskürzung tatsächlich schon zu Jahresanfang in Kraft treten soll.

40 Auf den ersten Blick scheint der Preisanstieg des schwarzen Goldes am Montag um bis zu sieben Prozent auf ein Hoch, wie es der Ölmarkt seit mehr als eineinhalb Jahren nicht mehr gesehen hat, die neue Allianz zu bestätigen. Doch der Eindruck täuscht. Ein nachhaltiger Anstieg der Ölnotierungen ist trotz des Bündnisses von Wien nicht in
45 Sicht. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen.

Die vereinbarte Kürzung der Ölförderung um 558 000 Barrel durch die elf Nichtmitglieder und 1,2 Millionen Barrel durch die 13 Opec-Staaten gilt vorerst nur für ein halbes Jahr. Ob die politisch so gegensätzlichen Bündnispartner Mitte nächsten Jahres nochmals die Kraft finden, sich zusammenzurufen, erscheint fraglich.

Außerdem kann sich die Marktsituation quasi über Nacht radikal verändern. Die amerikanischen Schieferölproduzenten sitzen der neuen Öllianz bereits im Nacken. Für sie gilt: Je stärker der Ölpreis steigt, umso mehr lohnt es sich, US-Schieferöl zu produzieren. Die Konkurrenz aus Nordamerika steht in den Startlöchern, um verloren gegangene Marktanteile zurückzugewinnen.

Ohnehin ist die wackelige Allianz aus der Not geboren. Vor allem Russland braucht dringend höhere Preise. Im November förderte das Land von Präsident Wladimir Putin 11,2 Millionen Barrel pro Tag - so viel wie seit 30 Jahren nicht mehr. Der Staatshaushalt und damit die politische Stabilität hängen an dem Export von Öl und Gas. Wie groß die Not Putins bereits ist, zeigt ein spektakuläres Geschäft aus der vergangenen Woche. Um die Finanzlücken zu schließen, hat Moskau annähernd ein Fünftel der Aktien am Ölriesen Rosneft an den Schweizer Rohstoffkonzern Glencore und den Golfstaat Katar verkauft. Die zwei Partner zahlten rund 10,5 Milliarden für das Aktienpaket an Rosneft. Das Geschäft mit dem Golfstaat ist bemerkenswert. Ausgerechnet Katar stellt mit Mohammed Bin Saleh Al-Sada den amtierenden Opec-Präsidenten, der am Samstagabend den Deal des Ölkartells in Wien präsentierte.

In ihrer Freude über die neue Allianz sind sich die Golfstaaten und Saudi-Arabien noch nicht bewusst geworden, dass Russland auf dem Weg zu höheren Preisen auf dem Fahrersitz Platz genommen hat. Verlängert Putin die Kürzung der Ölförderung nicht über das vereinbarte halbe Jahr hinaus, steht die Opec vor einem gefährlichen Gesichtsverlust. Noch schlimmer für das Ölkartell ist jedoch: Die Preise fallen dann wieder - auf ein realistisches Niveau.

Quelle: Siebenhaar, H.-P., Handelsblatt, Nr. 241, 13.12.2016, 26

Bahn finanziert Atomfonds

5 *Jahrzehntelang fuhren die Züge des Unternehmens mit billigem Atomstrom. Jetzt muss sich der Konzern auch an der Beseitigung der Altlasten beteiligen - und einen dreistelligen Millionenbetrag mobilisieren.*

Für Bahn-Chef Rüdiger Grube ist Umweltschutz eine Verpflichtung und ein willkommenes Werbeargument zugleich. „Ohne die Bahn ist die Energiewende gar nicht möglich“, sagte Grube erst vor kurzem im Interview mit dem Handelsblatt.
10 „Wir fahren schon heute zu 90 Prozent elektrisch, und 40 Prozent unserer Energie stammt aus erneuerbaren Quellen.“ Die Botschaft ist klar: Die Deutsche Bahn ist für Vorstandschef Grube die saubere Alternative zu Lastwagen und Auto. Bis 2020 soll der Anteil der erneuerbaren Energien sogar auf mindestens 45 Prozent steigen - und danach soll er noch weiter klettern. Der Logistik- und Mobilitätskonzerns will
15 ausdrücklich der „Umwelt-Vorreiter“ sein, so gibt es jedenfalls die Strategie „2020+“ vor.

Nicht ganz so offensiv stellt Grube verständlicherweise einen anderen Energieträger heraus, ohne den die Züge seines Unternehmens jetzt und auch bis auf weiteres nicht
20 fahren können: Knapp 16 Prozent des Bahnstroms liefert noch immer die in Deutschland geächtete Atomkraft. Jahrzehntlang hat das Unternehmen von billigem Atomstrom profitiert - und konnte so die Fahrpreise unter Kontrolle halten. Jetzt rächt sich das: Die Bahn muss sich an Rückbau und Entsorgung der Altlasten beteiligen - und wie Eon, RWE, EnBW und Vattenfall muss der Logistikkonzern auch seinen
25 Beitrag zum geplanten Atomfonds leisten, erfuhr das Handelsblatt aus Kreisen der Energiekonzerne.

Während die Atomkonzerne sich weiterhin um den Rückbau der Reaktoren kümmern müssen, soll der öffentlich-rechtliche Fonds die Verantwortung für die Entsorgung des
30 Atommülls übernehmen. Das entsprechende Gesetz ist derzeit in Arbeit.

Den Plänen zufolge müssen die Atomkonzerne ihre hierfür gebildeten Rückstellungen einbringen - zuzüglich eines Risikoaufschlags, der etwaige Kostensteigerungen abdecken soll. Und auch die Deutsche Bahn muss im kommenden Jahr für den
35 Atomfonds 350 Millionen Euro aus ihren Rückstellungen von insgesamt gut einer halben Milliarde Euro aktivieren. Das sehen die Verträge mit dem Partner Energie Baden-Württemberg (EnBW) vor, wie ein Sprecher der Deutschen Bahn bestätigte. Unter anderem deshalb muss die bilanzielle Vorsorge für die Entsorgung der radioaktiven Brennstoffe durch die Bahn schon in diesem Jahr noch einmal um 170
40 Millionen Euro aufgestockt werden.

Die Bahn bezieht seit Jahrzehnten aus dem Kernkraftwerk Neckarwestheim, das 40 Kilometer nördlich von Stuttgart von der EnBW betrieben wird, Strom - und deckt damit einen großen Teil des Energiebedarfs im Südwesten der Republik. Aktuell sind
45 es pro Jahr 1,7 Terawattstunden - das entspricht ungefähr dem jährlichen Stromverbrauch von einer halben Million Privathaushalten. Das Unternehmen ist zwar nur mit einem kleinen Anteil von 0,2 Prozent an der Betreibergesellschaft Kernkraftwerk Neckarwestheim (GKN) beteiligt. Die beiden

50 Unternehmen haben aber Verträge geschlossen, die der Bahn seit Jahrzehnten eine feste Menge Strom aus dem Kernkraftwerk zusagen.

Bis 2011 nahm der Transportkonzern so fast 300 Megawatt ab, also einen ordentlichen Anteil der gesamten Leistung von rund 2000 Megawatt, und deckte damals noch fast ein Viertel des eigenen Strombedarfs mit Atomkraft. 155 Megawatt
55 lieferte dabei Block eins und 140 Megawatt Block zwei. Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima musste Block eins, der schon 1976 in Betrieb gegangen war, als einer der ältesten aktiven Reaktoren zwar unmittelbar vom Netz. Block zwei, der erst 1989 den Betrieb aufgenommen hatte, darf aber bis Ende 2022 Strom produzieren. Der Reaktor wird als einer der letzten in Deutschland abgeschaltet - die Bahn wird also
60 voraussichtlich bis zum Schluss Atomstrom beziehen.

Die Bahn hat auch keine richtigen Alternativen - weil sie einen speziellen Strom benötigt, auf den Neckarwestheim ausgelegt ist. Die Züge werden aus historischen Gründen mit Strom betrieben, der statt der üblichen 50 Hertz mit einer Frequenz von
65 nur 16,7 Hertz verteilt wird.

In den Verträgen mit der EnBW wird der Bahn nicht nur die verlässliche Stromlieferung zugesagt, sie wird auch für die Kosten aus Betrieb, Rückbau und Entsorgung verpflichtet. Ende 2015 betrug die Risikovorsorge des Konzerns für
70 Rückbau, Entsorgung und Stilllegung exakt 538 Millionen Euro. Jetzt muss sie auf gut 700 Millionen Euro aufgestockt werden.

Die Bahn muss sich an der Neuregelung des Atomausstiegs beteiligen. Die Bundesregierung hatte im vergangenen Jahr eine Kommission einberufen, die
75 Vorschläge für die Finanzierung des Kernenergieausstiegs erarbeiten sollte. Hintergrund war die Sorge, dass die Energiekonzerne, geschwächt durch die Energiewende, die auf viele Jahrzehnte angelegte Aufgabe nicht auf Dauer wahrnehmen können. Angesichts immer neuer Rekordverluste gilt inzwischen sogar eine Pleite eines großen Versorgers nicht mehr als ausgeschlossen. Die Kommission,
80 der unter anderem Ex-Bundesumweltminister Jürgen Trittin vorstand, schlug vor, die Aufgabe zu teilen. Die Konzerne sollten sich weiter um den Rückbau der Reaktoren kümmern, weil sie hier viel Know-how haben und die Kosten gut zu kalkulieren sind. Der neue Atomfonds soll die Zuständigkeit für Zwischen- und Endlagerung übernehmen, weil hier auch der Bund mit der Suche nach einem Endlager in der
85 Pflicht steht. Dafür müssen die Atomkonzerne 23,5 Milliarden Euro einbringen. Das entspricht den Rückstellungen, die die Konzerne für diesen Teil des Atomausstiegs gebildet haben, plus einem Risikozuschlag von rund 35 Prozent. Die Bundesregierung hat sich den Vorschlag zu eigen gemacht.

90 Die EnBW muss nach eigenen Angaben 4,7 Milliarden Euro in den Atomfonds einzahlen - und hat Probleme, die Summe zu mobilisieren. Sie wird sich einen Teil davon - wenn auch nur einen kleinen - anschließend aber von der Deutschen Bahn wieder holen.

95 Für Grube ist das ein Ärgernis. Der Bahn-Chef führt ohnehin gern die „politisch
verursachten Zusatzkosten“ ins Feld, wenn es um die Verteidigung der finanziellen
Lage des Staatskonzerns geht. Das sind nach seiner Darstellung gut 2,5 Milliarden
Euro in Summe für Kostensteigerungen bei Stuttgart 21, Energiewende, Lärmschutz
und eben Atomfonds. Damit verteidigt Grube auch die gerade mit dem Bund
100 verabredete Finanzspritze über 2,4 Milliarden Euro für die Bahn.

Die Deutsche Bahn wird auch nicht das einzige Unternehmen sein, das sich neben den
großen Atomkonzernen Eon, RWE, EnBW und Vattenfall auch noch an der
Finanzierung des Atomfonds beteiligen muss: Auch einige Kommunalversorger
105 dürften zur Kasse gebeten werden.

Neuer Fonds

110 *Kommission* Der Atomausstieg soll 2022 abgeschlossen sein. Rückbau und
Entsorgung werden aber noch Generationen dauern. Aus Furcht, die geschwächten
Energiekonzerne könnten die Aufgabe nicht auf Dauer erfüllen, berief die
Bundesregierung 2015 die Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des
Kernenergieausstiegs (KFK) ein, mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und
Gesellschaft.

115 *Vorschlag* Im Frühjahr legte die KFK ihren Vorschlag vor. Demzufolge sollen
die Konzerne weiter für den Rückbau der Reaktoren zuständig sein. Die
Verantwortung für Zwischen- und Endlagerung des Atommülls soll aber auf einen
öffentlich-rechtlichen Fonds übergehen.

120 *Gesetz* Die Bundesregierung machte sich den Vorschlag zu eigen und erarbeitete
ein Gesetz. Die Atomkonzerne sollen zur Finanzierung 23,5 Milliarden Euro
einbringen. Das entspricht den dafür gebildeten Rückstellungen plus einem
Risikozuschlag. Am kommenden Donnerstag soll der Bundestag das Gesetz
125 verabschieden. Die Fraktionen von Union, SPD und Grünen signalisierten am
Montag ihre Zustimmung.

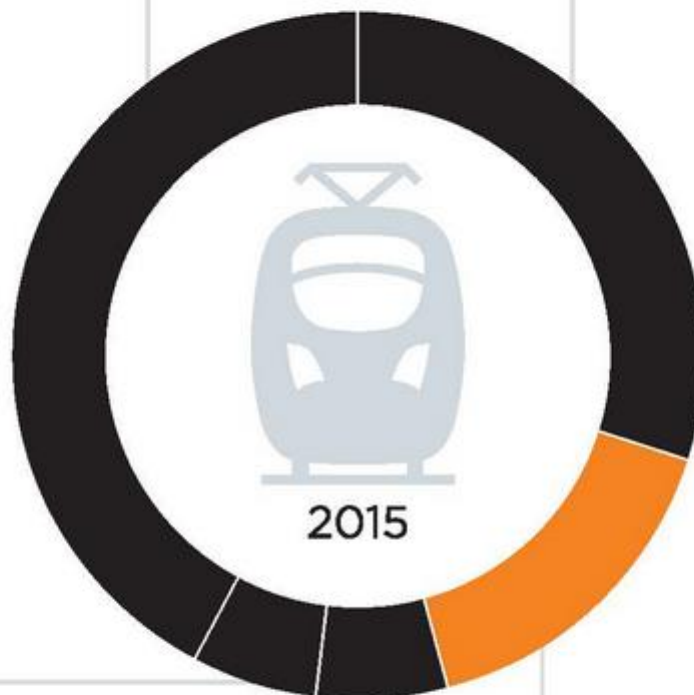
130 *Vertrag* Die Energiekonzerne murren zwar über den Risikozuschlag.
Andererseits begrüßen sie den Fonds, weil er sie aus einem schwer kalkulierbaren
Risiko entlässt. Sie fordern allerdings, dass parallel ein Vertrag
geschlossen wird. Ihr Argument: Ein Gesetz lässt sich auch wieder ändern.
Wenn sie Milliarden einbringen, wollen sie aber Rechtssicherheit.

Quelle: Flauger, J./Fockenbrock, D., Handelsblatt, Nr. 241, 13.12.2016, 14

Mit **Atomkraft** unterwegs Bahnstrommix der DB Energie

42,0 %
Erneuerbare
Energien

30,0 %
Steinkohle



6,0 %
Erdgas

6,1 %
Braunkohle

**15,8 %
Kernenergie**

Differenz zu 100 % durch Rundung

HANDELSBLATT

Quelle: Deutsche Bahn

Handelsblatt Nr. 241 vom 13.12.2016

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Der schleichende Abstieg der Ölmultis

Mit dem verstärkten Klimaschutz könnten den Ölkonzernen Billionen an Einnahmen wegbrechen. Der Branche droht eine massive Korrektur ihrer Reserven.

5
Der ehemalige New Yorker Bürgermeister Michael Bloomberg warnt vor den Folgen des Klimawandels. Das ist an sich nicht ungewöhnlich. Spätestens seit sich die Weltgemeinschaft auf ein neues Klimaschutzabkommen geeinigt hat, steht der Kampf gegen die dramatischen Umweltfolgen ganz oben auf der Agenda. Bloomberg leitet
10
daraus aber ein neues, ebenso beängstigendes Szenario ab: Der Klimawandel könnte auch das weltweite Finanzsystem bedrohen - weil Unternehmen die Kosten des Klimawandels nicht ausreichend in ihren Bilanzen berücksichtigt haben. „Das Potenzial abrupter Anpassungen könnte die Märkte destabilisieren“, sagt Bloomberg. Und vor allem einer Branche, die jahrzehntelange vor Kraft nur so strotzte, droht der
15
radikale Absturz: den Ölmultis.

Die Rechnung ist simpel: Mit dem verstärkten Klimaschutz muss der Verbrauch von Öl und Gas gedrosselt werden. Die Ölkonzerne werden weit weniger der klimaschädlichen Energieträger fördern können, die ausgewiesenen Reserven sind viel
20
zu hoch - und müssen angepasst werden. Das wiederum könnte für heftige Turbulenzen an den Finanzmärkten sorgen.

Nach Bloombergs Worten ist der Klimaschutz jedenfalls im Finanzmarkt angekommen. Auch internationale Investoren legten immer größeren Wert auf
25
Themen wie Nachhaltigkeit. Doch ihnen fehlten die dafür notwendigen Informationen. Deshalb hat er gemeinsam mit einer Arbeitsgruppe des Finanzstabilitätsrats, der sogenannten „Task Force on Climate-Related Financial Disclosure“ (TCFD), einen Report verfasst, der Unternehmen weltweit auffordert, ihre Klimarisiken in ihren Bilanzen aufzuschlüsseln. „Was wir besser messen können,
30
können wir auch besser beherrschen“, sagt Bloomberg. Künftig sollen Konzerne etwa die strategische Bewertung von Reserven besser aufschlüsseln.

Was auf den ersten Blick bürokratisch wirkt, birgt wirtschaftlichen Sprengstoff. Werden die bislang freiwilligen Ratschläge weitgehend umgesetzt, drohen gerade Öl-
35
Unternehmen schwerwiegende Konsequenzen. Die Aufschlüsselung finanzieller Risiken durch den Klimawandel könnte den Niedergang der Branche beschleunigen.

Dass die Empfehlungen zu Klimarisiken umgesetzt werden, ist durchaus wahrscheinlich. Eine Reihe von Unternehmen, von Banken wie UBS bis zu
40
Versicherern wie Swiss Re, hat sich an dem Report beteiligt. Schon vor einem Jahr mahnte auch Mark Carney, Co-Vorsitzender des Finanzstabilitätsrats und britischer Notenbankchef, ein Umdenken an, um das Zwei-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Ein Großteil fossiler Brennstoffe müsse im Boden bleiben. Auch Versicherer und Investoren sollten sich der Herausforderung stellen und
45
zu einer CO₂ - armen Gesellschaft beitragen.

Der Appell stieß den Ölmultis heftig auf. Viele meinten, Carney habe seine Befugnisse überschritten. Die Reaktionen verwundern kaum. Schon heute bringen der Boom grüner Energien, der Vormarsch der Elektromobilität und der sinkende Ölverbrauch die Multis zunehmend in Bedrängnis. Ihre Reserven würden durch die ambitionierten Klimaschutzziele von Paris immer weniger wert sein. Soll die Erderwärmung auf unter zwei Grad begrenzt werden, müssten nach Berechnungen führender Umweltforscher wie des Direktors des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, Hans Joachim Schellnhuber, drei Viertel der Öl-, Gas- und Kohlereserven im Boden bleiben.

Hält sich die Weltgemeinschaft an diesen ambitionierten Plan, könnten den Ölkonzernen Billionen an sicher geglaubten Einnahmen wegbrechen. Konkret rechnet etwa das Bankhaus Barclays damit, dass der fossile Energiesektor bis 2040 rund 34 Billionen Dollar Erlöse verlieren könnte. Am stärksten betroffen wären die Ölkonzerne - mehr als 22 Billionen Dollar an Einnahmen stünden für sie auf dem Spiel.

Die Ratingagentur Fitch warnte jüngst vor einer fallenden Nachfrage nach Öl und damit verbundener Unsicherheit von Investments in die Branche. Ausgangspunkt für eine solche De-Investitionswelle könnte der Durchbruch des Elektroautos sein. Fitch sieht darin eine Bedrohung für das Geschäftsmodell der Ölkonzerne. Immerhin steht der Transportsektor für 56 Prozent des weltweiten Ölverbrauchs.

Fatih Birol von der Internationalen Energieagentur (IEA) sprach in diesem Zusammenhang gar von einem „Tesla-Schock“ für die Ölbranche. Um sich dagegen zu wappnen, verkündeten jüngst zehn der größten Ölkonzerne, in den kommenden zehn Jahren eine Milliarde Dollar in die Erforschung alternativer Energien zu investieren. „Gemessen an den Umsätzen der Konzerne ist das bislang eher ein Tropfen auf den heißen Stein und kein großer Strategieschwenk“, sagt Marco Scherer, Fondsmanager bei der Deutschen Asset Management.

Ein systemisches Risiko, das gar die Finanzstabilität gefährde, sehen Branchenkenner jedoch nicht. So weist etwa der Ölhistoriker und IHS-Vizechef Daniel Yergin die Angst vor diesem Szenario zurück. Als Beispiel führt er den Ölpreisverfall an. Zwischen Mitte 2014 und Anfang 2016 brach der Preis von mehr als 110 auf 27 Dollar je Barrel (à 159 Liter) ein. Mittlerweile hat er sich auf 55 Dollar erholt. Dies sei der wirkliche „Stresstest“ für den Sektor gewesen.

Zwar könnten laut Simon Redmond, dem Leiter der Öl- und Gas-Bewertungen bei S & P Global Ratings, Kredite an Schieferölunternehmen für manche US-amerikanische Regionalbank zum Problem werden. Doch die BPs, Shells, Exxon Mobils dieser Welt gehörten nach wie vor zu den weltweit kreditwürdigsten Unternehmen. „Außerdem finanzieren sie sich meist entweder aus dem eigenen Cashflow oder am Bondmarkt, aber nicht so sehr bei Banken“, erklärt Redmond. Im April kam Moody's zu dem Schluss, dass Kredite an die Ölbranche zwar die Erträge europäischer Banken beeinträchtigen, sie aber allenfalls moderate Kreditrisiken von Ölunternehmen in ihren Büchern haben. Moody's zufolge könnten die Risiken durch den Klimawandel bei

unabhängigen Ölfirmen schon in drei bis fünf Jahren Konsequenzen für ihre Kredite haben. Bei den großen Konzernen seien es fünf oder mehr Jahre.

95

Schon jetzt sieht die Realität bei den Unternehmen aber alles andere als rosig aus. Beispiel Chevron: Der Umsatz zerbröseln, die Schulden explodieren, und erstmals seit mehr als einem Jahrzehnt droht Chevron 2016 wieder ein Verlust. Doch egal, wie schlecht es Amerikas zweitgrößtem Ölkonzern auch gehen mag - Vorstandschef John Watson hält eisern an seiner „finanziellen Top-Priorität“ fest: der Dividende. Der Manager beglückte seine Aktionäre kürzlich zum 29. Mal in Folge mit einer erhöhten Ausschüttung. Watson befindet sich mit diesem Vorgehen in bester Gesellschaft. Auch die Branchenführer BP, Shell und Exxon Mobil erhöhen immerzu ihre Dividenden.

105

Gewachsen sind in den vergangenen Jahren bei den Ölmultis nur die Schulden: Sie haben sich laut Berechnungen der Unternehmensberatung Boston Consulting in den vergangenen 15 Jahren mehr als verdreifacht. Allein bei den Konzernen Shell, BP, Exxon und Chevron sind sie seit 2014 um rund 60 Prozent in die Höhe geschnellt. Zusammengerechnet sitzt das Quartett aktuell auf einem Schuldenberg von mehr als 200 Milliarden Dollar. In den ersten neun Monaten 2016 war keiner der vier Konzerne in der Lage, die Ausschüttungen an die Aktionäre mit laufenden Gewinnen zu finanzieren. Im Gegenteil. Die Dividendenzahlungen pro Aktie übersteigen die Einnahmen pro Aktie deutlich.

115

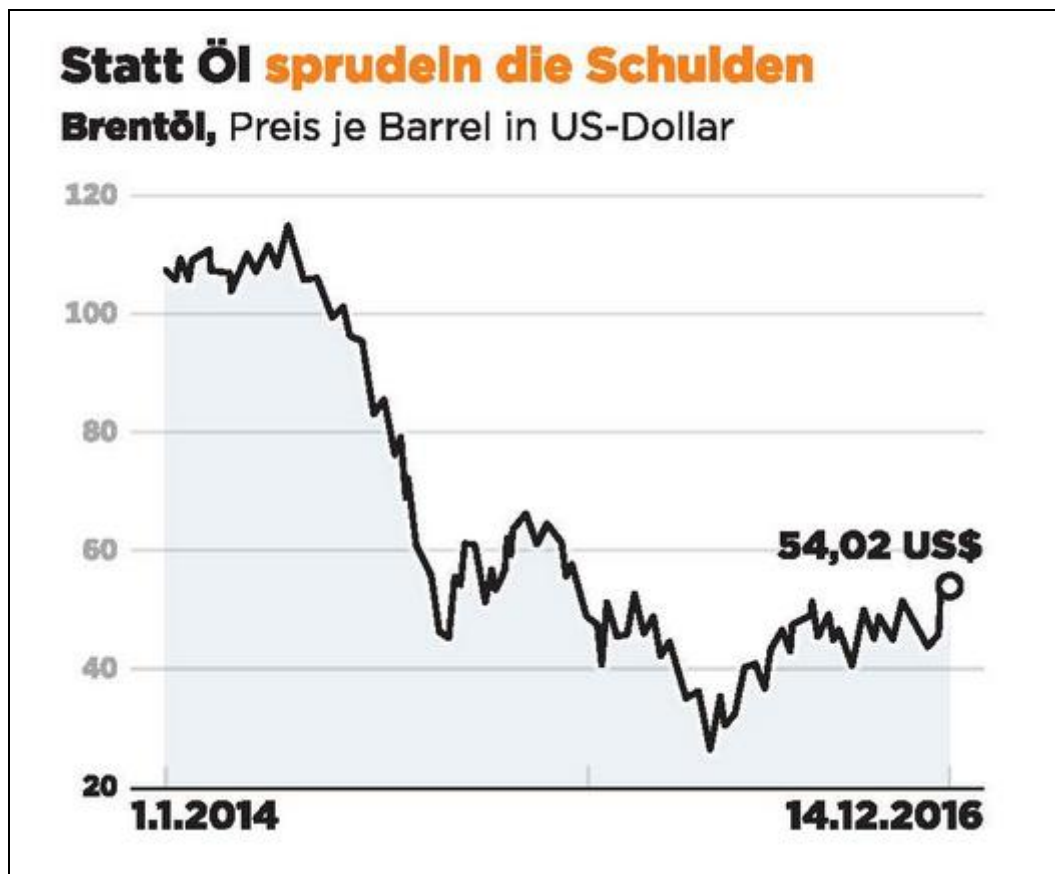
Der Grund für die Spendierlaune ist offenkundig: Für viele Investoren ist die Dividende eine Art letzter Anker, der sie davon abhält, ihr Geld von den Ölkonzernen abzuziehen. „Die Frage ist doch: Investieren Anleger lieber in Unternehmen, die ihnen Rendite bringen, oder in Firmen, die politisch korrekt sind? Bisher ist die Antwort eindeutig - Investoren wollen Rendite“, urteilt Walter Pfeiffer, Öl- und Gasexperte bei Roland Berger. Das Verhalten der großen deutschen Investoren Allianz Global Investors und Deutsche Asset Management gibt ihm recht. Beide bestätigen, weiter in Ölunternehmen zu investieren. „Die Dividende ist der Punkt, warum einige Ölkonzerne trotz der vielen düsteren Langfristprognosen ein interessantes Investment darstellen können“, sagt Fondsmanager Scherer.

125

Dennoch spielt Nachhaltigkeit für Investoren eine immer wichtigere Rolle. Der größte Vermögensverwalter der Welt, Blackrock, gehört bei allen großen Ölfirmen zwar zu den größten Anteilseignern. Isabelle Mateos yLago, die Chief-Multi-Asset-Strategin, rief kürzlich aber einen Fahrplan für „klima-cleveres Investing“ aus. Der Tenor: Wer in Branchen mit geringen CO₂ - Ausstößen investiert, macht tendenziell mehr Gewinn. Das gelte vor allem für langfristige Investments. Aviva, einer der weltgrößten Versicherungskonzerne, betrachtet es gar als „moralische Pflicht für zukünftige Generationen“, den Wandel hin zu einer nachhaltigen Ökonomie so rasch wie möglich herbeizuführen.

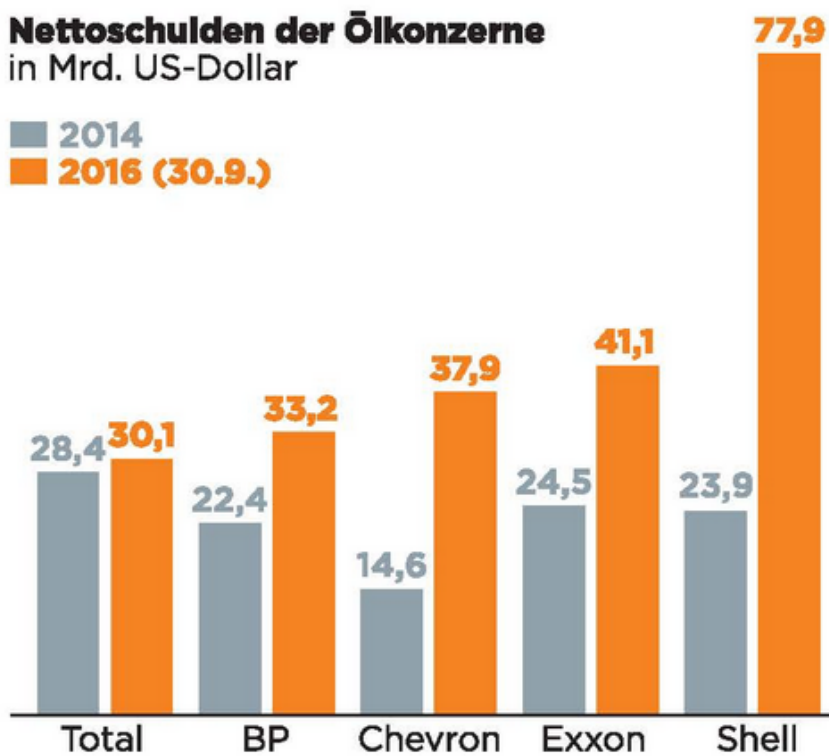
135

Quelle: Hubik, F./Leitel, K./Streit, M., Handelsblatt, Nr. 243, 15.12.2016, 18



Nettoschulden der Ölkonzerne in Mrd. US-Dollar

■ 2014
■ 2016 (30.9.)



HANDELSBLATT

Quelle: Bloomberg

Handelsblatt Nr. 243 vom 15.12.2016

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.